

Auswertung und O-Ton von Sahra Mirow zur Antwort auf die Kleine Anfrage „Wohnkostenbelastung für Studierende“

Die Bundesregierung verweist in der Antwort nicht nur auf öffentlich zugängliche Studien oder Statistiken, sondern teilt neue Informationen, die bisher unveröffentlicht sind. In dieser Auswertung geht es insbesondere um die neuen Informationen mit Relevanz für die öffentliche Berichterstattung.

Detaillierte Förderergebnisse und Zahlen für 2024:

Die detaillierten Ergebnisse des Sonderprogramms „**Junges Wohnen**“ sind besonders interessant, da sie politische Zielerreichung messbar machen. Die spezifisch aufgeschlüsselten Ergebnisse für das Kalenderjahr 2024, basierend auf den Angaben der Länder (**Stand: 4.11.2025**), sind die wohl präzisesten und aktuellsten veröffentlichten Daten zu diesem Programm:

- **Gesamtzahl geförderter Plätze:** Im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus (Junges Wohnen) wurden bundesweit **8.864 Wohnheimplätze** für Studierende und Auszubildende gefördert
 - Aufteilung nach Maßnahmen: Davon entfielen **7.078 Plätze auf Neubau** und **1.786 Plätze auf Modernisierungen**
 - **Regionale Verteilung:** Die Aufschlüsselung der geförderten Plätze nach Bundesländern ist detailliert angegeben und variiert sehr stark bzgl. Neubau vs. Modernisierungen. Zum Beispiel:
 - **Bayern** förderte 2.371 Plätze (alle Neubau)
 - **Nordrhein-Westfalen** förderte 1.152 Plätze (477 Neubau, 675 Modernisierungen)
 - **Mecklenburg-Vorpommern** förderte 172 Plätze (alle Modernisierungen)
 - **Bundesländer ohne Förderung:** Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.
- **Peinlich ist der Wissenstand über laufende Bauprojekte:** Die Bundesregierung hält fest, dass ihr **nicht bekannt ist, wie viele Neubauprojekte sich derzeit tatsächlich im Bau befinden**. Das deutet auf eine Lücke in der Überwachung der Umsetzung hin.

Quelle: Antwort auf Frage 9

Zukünftige Budgetplanung des Bundes (2026 bis 2029):

Relevant sind die konkreten, von der Bundesregierung vorgesehenen Steigerungen der Finanzhilfen das Programm Junges Wohnen. Die **Unterbringungsquote von 10,05 Prozent** aller Studierenden in öffentlich geförderten Wohnheimen im Jahr 2024 verdeutlicht das

massive Missverhältnis zwischen Bedarf und Angebot. Die **geplanten Erhöhungen der Bundesmittel** auf 1 Milliarde Euro ab 2027 (vgl. Antwort Nr. 7) sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Status Quo bei politischen Ankündigungen:

WG-Garantie: Die konkrete Umsetzung liest sich noch sehr offen und vage. Die Erklärung der Bundesregierung, die „WG-Garantie“ sehr eng im Sinne des Wortlauts des Koalitionsvertrags zu verstehen und auf die Fortführung des Programms Junges Wohnen zu verweisen (vgl. Antwort Nr. 6), kann als Zurückhaltung bei der Umsetzung weitreichender Vereinfachungen, wie z. B. für Wohngeld interpretiert werden.

Verbraucherschutz zugunsten junger Menschen zur Durchsetzung der Mieterrechte (gemäß Koalitionsvertrag): Die Bundesregierung prüft derzeit, wie diese Vorgabe des Koalitionsvertrags am besten umgesetzt werden kann. Dies zeigt, dass an dieser Stelle noch keine konkreten Maßnahmen ergriffen wurden.

O-Ton von Sahra Mirow, Sprecherin für soziales Wohnen der Bundestagsfraktion Die Linke:

„Die 8.864 im Jahr 2024 geförderten Plätze sind angesichts der Notlage ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Regierung nicht einmal weiß, wie viele Neubauprojekte sich davon überhaupt schon im Bau befinden. Die Bundesregierung muss aufhören, Lippenbekenntnisse abzugeben, und endlich einen massiven Investitionsplan auflegen, der die soziale Krise der Studierenden ernst nimmt.“

Die Antwort der Bundesregierung ist ein Armutszeugnis und entlarvt die wahre soziale Schieflage: Die Bundesregierung bestätigt, dass Studierende im Durchschnitt 53 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aufwenden müssen. Zwei Drittel der Studierendenhaushalte gelten als überbelastet. Das ist keine Randnotiz, das ist eine massive Existenzkrise, die den gleichen Zugang zu Bildung gefährdet.

Die Regierung reagiert auf dieses Desaster mit Schönfärberei und mutloser Verwaltung. Während dessen stagniert die Unterbringungsquote in öffentlich geförderten Wohnheimen. Was wir brauchen, sind schnelle, unbürokratische Lösungen. Stattdessen vertagt die Bundesregierung die angekündigte Stärkung des Verbraucherschutzes zugunsten junger Mieter, indem sie lapidar mitteilt, die Umsetzung werde derzeit noch geprüft.

Peinlich ist die offensichtliche Missachtung des Koalitionsvertrags bei der WG-Garantie: Die versprochene WG-Garantie verkommt zu einer reinen Luftnummer.“